

II-585 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
X. Gesetzgebungsperiode

17.2.1965

212/J

A n f r a g e

der Abgeordneten R e g e n s b u r g e r , Dipl.-Ing. Dr. L e i t n e r ,
Dr. B a s s e t t i und Genossen
an den Bundesminister für Unterricht,
betreffend die Übernahme der Arbeitermittelschule Innsbruck durch den Bund.

-.---.--.

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 13. Juli 1964 einstimmig folgende Entschliessung gefasst:

"Der Herr Landeshauptmann wird gebeten, bei der Bundesregierung und insbesondere bei den Bundesministern für Unterricht und für Finanzen energische Schritte zu unternehmen, dass im Bundesbudget 1965 die erforderliche finanzielle Vorsorge für die Verbundlichung der Arbeitermittelschule bzw. des Gymnasiums und Realgymnasiums für Berufstätige in Innsbruck getroffen und ein schon vor Jahren gegebenes Versprechen endlich eingelöst wird."

Die Anfragesteller sind sich über die beengte finanzielle Situation im Budget des Bundesministeriums für Unterricht klar, verweisen aber darauf, dass an der genannten Mittelschule bereits 13 Lehrerposten vom Bund bezahlt werden und eine Verbundlichung der Anstalt nur mehr die Übernahme von 1 1/2 Lehrkräften sowie die Direktorszulage und den Sachaufwand umfassen würde. Auch der Sachaufwand wäre äusserst gering, da die Schule bereits in einem Bundesgebäude untergebracht ist und die Lehrmittelsammlungen der Bundesrealschule benützt.

Im Hinblick auf die Bedeutung für die Bundesländer Tirol und Vorarlberg richten die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Unterricht die

A n f r a g e :

Sind Sie, Herr Minister, bereit, dafür einzutreten, dass die Verbundlichung der Arbeitermittelschule Innsbruck im Sinne der Entschliessung des Tiroler Landtages vom 13. Juli v.J. durchgeführt wird?

-.---.--.